

Parlament ist für Milchquotenerhöhung ab April

EU-Parlamentarier sehen die Quoten europaweit nicht ausgenutzt / Kritik kommt aus Deutschland

Oidenburger Münsterland (ak) – Das Europäische Parlament hat sich dafür ausgesprochen, den EU-Mitgliedstaaten zu gestatten, die Milchquoten ab 1. April auf freiwilliger Basis um zwei Prozent anzuheben. Darauf hat der heimische CDU-Europaabgeordnete Hans-Peter Mayer jetzt hingewiesen. Durch den Beschluss könnten die bereits bestehenden Quoten effizienter genutzt werden. Denn die Milchquoten würden in der EU

insgesamt nicht ausgeschöpft. Die Zahlen für das Quotenjahr 2006/07 zeigen eine Unterschreitung der Quoten um 1,9 Millionen Tonnen und insgesamt unterschreiten 18 von 27 Mitgliedstaaten ihre nationalen Quoten. Für das laufende Quotenjahr 2007/08 rechnet die EU-Kommission ungeachtet der relativ hohen Milchpreise mit einer Unterschreitung der Quoten um drei Millionen Tonnen.

In Deutschland sieht der Be-

rufstand die Quotenerhöhung allerdings kritisch. Kammerfachmann Dr. Werner Rütger aus Hannover sagte kürzlich auf einer Veranstaltung in Dinklage, die Erhöhung werde für Deutschland 600 000 Tonnen betragen: „Das ist eindeutig zu viel und wird den Milchpreis unnötig unter Druck setzen.“ Allerdings seien die Mehrheitsverhältnisse im Agrarrat in Brüssel wohl so, dass diese Mengensteigerung kommen werde.

Das Parlament, so Mayer weiter, habe dafür plädiert, die Reform der europäischen Agrarpolitik (GAP) aus dem Jahr 2003 fortzusetzen: „Die Abgeordneten lehnten eine von der Kommission vorgeschlagene Kürzung der Mittel für Direktzahlungen bis 2013 ab“. Die Gelder seien auch zukünftig als Einkommensgrundversicherung, als Zahlungen für die Erbringung öffentlicher Leistungen sowie als Ausgleich für die im internationalen Ver-

gleich sehr hohen Standards im Umweltschutz, in der Nahrungsmittelsicherheit, Rückverfolgbarkeit und Tierschutz in Europa unbedingt erforderlich. Wichtig sei, dass ausschließlich die aktiv agrarisch wirtschaftenden Landwirte gefördert werden. Weiterhin würde die Einführung oder Unterstützung eines gemeinschaftswerten Rückversicherungssystems für Probleme infolge von Klima- oder Umweltkatastrophen gefordert.